

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus - Bundesvorstand und Bundesausschuss

Wortmeldung

Verantwortung übernehmen, um zu gestalten

Wieviel Verantwortung können und wieviel Verantwortung müssen wir tragen? Wir haben Verantwortung für unser Land und für unsere Partei. Aber ohne unsere Partei können wir keine Verantwortung mehr für unser Land übernehmen.

Die Jusos haben mit acht guten Gründen eine Petition gegen die Fortsetzung der Großen Koalition gestartet und empfehlen der SPD Fraktion die Oppositionsführung. Dieser Zielsetzung schließt sich die SPD AG 60 plus an.

Dabei gilt es zu bedenken, dass eine Opposition bzw. die Oppositionsführung erst wirkmächtig werden kann, nachdem eine Regierung gebildet wurde. Die Große Koalition abzulehnen, führt also nicht automatisch in die Oppositionsführung.

Die CDU hat die Aufgabe, sich um die Bildung einer Regierung zu kümmern. Nach dem mehrwöchigen Theaterspiel der FDP und dem Führungsversagen der Kanzlerin, ist die Möglichkeit einer schwarz-gelb-grünen Koalition zerstört.

Wenn wir davon ausgehen, dass CDU/CSU weder mit der AfD noch mit den Linken koalieren wird, bleibt als weitere Möglichkeit der Regierungsbildung eine Minderheitsregierung in den unterschiedlichsten Varianten.

Der Vorteil einer Minderheitsregierung wäre, dass die Regierung ihre Ziele, ihre Gesetzesvorhaben, ihre europa- und außenpolitischen Positionen begründen müsste. Sie müsste um die jeweilige Mehrheit im Bundestag ringen, die öffentliche Debatte würde im Einzelfall belebt. Das könnte demokratische Prozesse stärken und Politik interessanter machen. Die SPD Fraktion könnte von Fall zu Fall entscheiden, welche Vorhaben sie mitträgt und welche nicht – die in der öffentlichen Wahrnehmung stetig geringer werdenden Unterschiede zwischen SPD und der Union würden wieder deutlicher, unser Profil schärfer. Es würde auch deutlicher, dass CDU/CSU unter dem Deckmantel der „Sozialdemokratisierung“ harte Oberschichtpolitik betreibt. Der freie Markt a la CDU führt in die marktkonforme Demokratie und verhindert eine freie Gesellschaft. Wir könnten unseren Gedanken des fairen Marktes an vielen Entscheidungen deutlich machen.

Auch wenn der Wirtschaftsflügel der CDU einer Minderheitsregierung etwas abgewinnen kann, um mögliche sozialpolitische Maßnahmen der SPD abzuwehren, könnte die Kanzlerin sich darauf nicht einlassen, denn ihre strukturelle Entscheidungsschwäche, ihr Warten auf die Windrichtung und ihre fehlende Phantasie und Zielvorstellungen für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft erlauben ihr, nicht sich für eine Minderheitsregierung zu entscheiden.

Käme es wider Erwarten doch zu einer Minderheitsregierung, wäre die SPD Fraktion die größte Oppositionspartei und hätte damit die Oppositionsführung. Eine gute Lösung.

Ob es aber eine Minderheitsregierung geben wird, entscheiden nicht wir, sondern allein CDU und CSU. Damit entscheiden sie praktisch darüber, ob es Neuwahlen gibt oder die CDU/CSU doch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir jegliche Verhandlungen ablehnen, lesen wir schon die Überschriften: „Die CDU entscheidet sich für Neuwahlen, weil sich die SPD verweigert.“ Ein Entscheider, ein Schuldiger. Ein Rollentausch, mit dem wir uns nicht abfinden sollten.

Wenn wir es der öffentlichen Meinung also so leicht machen, uns die Schuld an Neuwahlen zu geben, weil wir „ja nicht einmal den Versuch unternommen haben, unsere Ziele in einer Verhandlung über eine Regierungskoalition umzusetzen“, wird das kommende Wahlergebnis anders aussehen, als wenn wir den ernsthaften Versuch unternehmen, eine Regierung zu bilden. Auch die 20 % der Wählerinnen und Wähler, die uns gewählt haben, dürfen erwarten, dass wir versuchen, unsere programmatischen Ziele gesellschaftlich umzusetzen.

Deshalb sollten wir mit unseren inhaltlichen Zielen ergebnisoffen in Verhandlungen mit der CDU und der CSU eintreten und weitere Entscheidungen in Abhängigkeit der Verhandlungsergebnisse treffen.

Unser Land gestalten

Für die AG 60 plus sind dabei folgende Ziele von besonderer Bedeutung:

- Die Gestaltung des demographischen Wandels im „Zeitalter der Digitalisierung“
- die Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Rente (mit 67 flexibel), Überwindung der Altersarmut
- die Einführung der paritätisch finanzierten Bürgerversicherung in der Kranken- und der Pflegeversicherung
- Verbesserung der Situation in der Pflege (Pflegeheime, Pflegeschlüssel...)
- ein gerechtes Steuersystem,
 - das 1. auch mit nationalen Maßnahmen Schlupflöcher schließt
 - und 2. starke Schultern auch stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt
 - Gemeindegewerbesteuer
- die entschiedene Arbeit gegen Steuervermeidung und Steueroasen
- die Arbeit für ein starkes und solidarisches Europa
- Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Familien und Kindern, Einsatz gegen Kinderarmut
- ein Zukunfts- und Investitionsplan: Bildung, Wohnen, Digitalisierung und Verkehr, innerhalb und außerhalb der Oberzentren.

- der ökologische Umbau der Produktionslandschaft, insbesondere der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zum Schutz von Klima, Umwelt und künftigen Generationen (ökologiekonformes Wirtschaften)
- Zukunftsplan für die innere Sicherheit
- Die Stärkung der Kommunen
- die Anknüpfungen an die Überlegungen von Martin Schulz
 - zur Überarbeitung von ALG II (Respekt der Lebensleistung),
 - zur Reduzierung der Sonderarbeitsformen (Befristung, Leih-, Zeitarbeit, Werkvertrag,...)
 - und zur Verbeitragung in der betrieblichen Altersvorsorge (GMG – Gesundheitsmodernisierungsgesetz).
- die Verankerung unserer Vorstellungen zum Thema Migration:
 - Asyl ist unantastbar,
 - Kriegsflüchtlinge behalten ihre Schutzstatus,
 - Armutsflüchtlinge können Aufenthalt nach einem neu zu schaffenden Einwanderungsgesetz bekommen
 - Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf neue Füße stellen – ODA Quote
- unterschiedliche Friedensprojekte – deutliche Reduzierung der Waffenexporte, Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbots, keine Atomwaffen in Deutschland

Programmatischer Neuanfang

Wenn sich CDU und CSU zu ihrer Verantwortung bekennen und diese Ziele, wie die dazugehörigen Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen im Wesentlichen mittragen, wäre eine inhaltlich begründbare Entscheidungsbasis geschaffen.

Personeller Neuanfang

Das Wahlergebnis liefert auch für die CDU und die Kanzlerin keine hinreichenden Gründe, in derselben Konstellation – CDU/CSU, SPD und CDU Kanzlerin – weiter zu machen wie bisher. Deshalb muss neben den inhaltlichen Zielstellungen auch über personelle Konsequenzen verhandelt werden.

P.S.:

Status quo - geschäftsführenden Regierung

Es ist nicht leicht für die SPD Fraktion, eine qualifizierte Opposition zu bilden, solange noch sozialdemokratische Ministerinnen und Minister in einer geschäftsführenden Regierung mit CDU/CSU Ministern und Ministerinnen in einem abgestimmten Kabinett arbeiten. Gleichzeitig starke Opposition und gute Regierung zu sein, ist der Glaubwürdigkeit nicht dienlich. Darüber hinaus lernen wir aus der Glyphosat-Entscheidung in Europa, wie die Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU in einer geschäftsführenden Regierung gegen Deutschland und die Umwelt arbeitet, wenn es der eigenen Lobby dient.

Die geschäftsführende Regierung gibt einerseits genug Zeit, über eine neue Regierungsbildung nachzudenken, andererseits sollte sie nach diesem Vertrauensmissbrauch (Glyphosat) baldmöglichst beendet werden.